

Methoden und Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Bildungshilfe in Entwicklungsländern

Einige sehr allgemeine Punkte zur gewerkschaftlichen Situation in den Entwicklungsländern seien zunächst stichwortartig aufgeführt; denn diese Situation muß ja der Ausgangspunkt für die gewerkschaftliche Bildungshilfe sein.

Hier ist daran zu erinnern, daß Arbeiter und Angestellte eine Minderheit der Bevölkerung darstellen, die in der Regel gegenüber den ländlichen Massen privilegiert ist. Mit einigen Ausnahmen von Kleinbauernorganisationen in Lateinamerika erfassen die Gewerkschaften einen Teil dieser privilegierten Mittelgruppen.

Das stark anwachsende arbeitslose städtische Lumpenproletariat ist selten in Gewerkschaften organisiert.

Die gewerkschaftliche Organisation ist schwach wegen

- a) der geringen Zahl der Arbeiter und Angestellten,
- b) der großen räumlichen Entfernungen (Transportfrage),
- c) der Zersplitterung aus politischen, organisatorischen (Betriebsgewerkschaften, Berufsgewerkschaften statt Industriegewerkschaften) und persönlichen Gründen (Rivalitäten). Hinzu kommen zum Teil ethnische und religiöse Gründe.

Kerngruppe der Gewerkschaftsmitglieder sind in vielen Ländern die Staatsbediensteten aus Verwaltung, Erziehungswesen und öffentlichen Betrieben. Der politische Einfluß der Gewerkschaften ist stark, jedenfalls wesentlich stärker als sich auf Grund der Zahl ihrer Mitglieder vermuten läßt.

Aus den beiden zuletzt genannten Gründen ist das Verhältnis der Gewerkschaften zur Regierung oft problematisch. Dies führt manchmal zu direkter gesetzlicher oder indirekter politischer oder finanzieller Kontrolle der Gewerkschaften durch den Staat.

Die Gewerkschaften waren und sind ein bevorzugter Ort für Ansätze der kommunistischen Infiltration, besonders in Afrika.

In allen Entwicklungskontinenten besteht eine mehr oder weniger starke Tendenz, sich von den großen internationalen Gewerkschaftsbünden zu lösen und eigene kontinentale Organisationen zu schaffen.

Dem steht gegenüber, daß die Gewerkschaften vielfach auf Hilfe von außen angewiesen sind. So stehen sie oft vor dem Dilemma, entweder Staatsgelder anzunehmen und

staatlichen Einfluß hinzunehmen oder doch in irgendeiner Form mit den Internationalen verbunden zu bleiben.

Die Gewerkschaftsführer sind oft nicht von unten heraufgewachsen, sondern kommen „von außen“, also gar nicht aus der Mitgliedschaft. Sie wechseln oft, da für sie der Beruf eines Gewerkschaftsführers nur die Vorstufe für eine besser bezahlte Tätigkeit in Verwaltung oder Wirtschaft ist. Das ist ein Punkt, den man auch bei der Bildungsarbeit besonders beachten muß.

Warum Bildungshilfe für die Gewerkschaften?

Venn man hier in Europa zum Thema Bildungshilfe für Gewerkschaften spricht, begegnet einem sehr oft, innerhalb wie außerhalb der Gewerkschaften, die Frage nach dem Warum einer solchen Hilfe.

Für die Gewerkschaften der Industrieländer sollte das Motiv der Solidarität ausschlaggebend sein. Schon dabei allerdings betritt man ein Feld, das nicht mehr im Bereich der reinen Interessenvertretung der Arbeitnehmer der Industrieländer liegt, sondern nur verstanden werden kann, wenn die Gewerkschaften sich selbst als Teil einer umfassenderen gesellschaftlichen und politischen Reformbewegung sehen. Dabei ist es zunächst gleichgültig, ob dieses Selbstverständnis der Gewerkschaften in sozialistischer, christlicher oder einer anderen Idee wurzelt.

Aus reinem Interessendenken heraus ließe sich die Hilfe für die Gewerkschaften der Entwicklungsländer nur vertreten, wenn man sie betriebe, um auf lange Sicht ein Lohndumping aus diesen Ländern zu vermeiden, da ein solches Lohndumping ja die eigenen Interessen der Mitglieder der Gewerkschaften der Industrieländer negativ berühren könnte.

Selbstverständlich gibt es darüber hinaus noch das Eigeninteresse, das die Gewerkschafter wie jeder andere Staatsbürger an einer gesunden wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Dritten Welt haben; aber das ist zunächst nicht spezifisch gewerkschaftlich.

Wenn man von diesen Eigeninteressen absieht, so stehen zweifellos gesellschaftspolitische Motive auch bei der gewerkschaftlichen Bildungshilfe im Vordergrund. Schon das Solidaritätsmotiv setzt eine — wenn auch vage — gesellschaftspolitische Konzeption voraus.

Den möglichen präziseren Inhalt einer solchen gesellschaftspolitischen Konzeption will ich hier nicht ausführlich behandeln. Darüber ist schon oft und viel gesprochen worden. Wir müssen nur sehen, daß aus solchen gesellschaftspolitischen Gründen auch andere, nichtgewerkschaftliche Einrichtungen ein starkes Interesse an Bildungshilfe für Entwicklungsländer-Gewerkschaften haben, vor allem politische Gruppen, aber auch die Kirchen und schließlich auch Regierungen von Ländern, die gesellschaftspolitisch stark engagiert sind. Es bleiben nicht zuletzt die außenpolitischen Motive zu erwähnen, die angesichts der politischen Bedeutung der Gewerkschaften mit ins Spiel kommen oder ins Spiel gebracht werden, und schließlich wirtschaftliche Motive; denn wer für eine wirtschaftliche Entwicklung der Dritten Welt — aus welchen Gründen auch immer — eintritt, muß die Bedeutung der Gewerkschaften dieser Länder und die Konsequenzen der von ihnen betriebenen Politik mit ins Kalkül einbeziehen.

Zusammenfassend: Es kam mir darauf an zu zeigen, daß das rein trade-unionistische Interessendenken kein zureichendes Motiv gewerkschaftlicher Bildungshilfe darstellt, daß gewerkschaftliche Bildungshilfe — ausgesprochen oder unausgesprochen — im Rahmen einer umfassenderen gesellschaftspolitischen Konzeption stehen muß.

Wer soll die Bildungshilfe durchführen?

Welches die Motive nun auch immer sein mögen: Bildungshilfe für die Gewerkschaften der Entwicklungsländer ist eine Tatsache. Es stellt sich die Frage nach ihrer Organisation, nach den zweckmäßigen Trägern dieser Arbeit.

Selbstverständlich sind das zuallererst einmal die Gewerkschaften der Industrieländer selbst, vor allem dann, wenn sie diese Hilfe aus eigenen Mitteln finanzieren. Das Schwerkgewicht sollte dabei auch weiterhin beim IBFG liegen, der Kenntnisse und Mittel in idealer Weise kombinieren kann.

Jedoch sollten auch schon im rein gewerkschaftlichen Bereich Schwerfälligkeit, Einseitigkeit und Uniformität vermieden werden. Das heißt, es kann sehr wohl sein — und diese Fälle vermehren sich ständig — daß die Arbeitsbedingungen für den IBFG schlecht sind oder gar nicht mehr bestehen, daß aber die Berufssekretariate oder einzelne nationale Gewerkschaftsverbände noch gut arbeiten können. Es wäre töricht, auf diese Möglichkeiten zu verzichten. •

Entscheidend ist die gegenseitige Information und Abstimmung. Diese Abstimmung — und das liegt nun einmal in der Natur einer demokratischen internationalen Bewegung — kann nicht in der Form eines einseitigen Entscheides einer wie auch immer gegarteten Zentralstelle erfolgen, sondern muß eine gegenseitige und freiwillige Abstimmung sein. Ich glaube auch, daß dies im Prinzip möglich ist, da keiner der Beteiligten an einem Neben- und Gegeneinander auf die Dauer ein Interesse haben kann.

Aus einer ganzen Reihe von Gründen politischer, gewerkschaftspolitischer und fiskalischer Art ist es darüber hinaus vielfach zweckmäßig, daß Bildungshilfe für die Gewerkschaften der Dritten Welt von besonderen Organisationen wahrgenommen wird, die eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten, ihr Vertrauen genießen, aber organisatorisch nicht Teil der Gewerkschaften sind.

Dies hat vor allem den Vorteil, für die komplizierte und oft delikate Arbeit in der Dritten Welt über einen flexiblen und anpassungsfähigen Apparat zu verfügen, der sowohl technisch wie auch politisch oft weit weniger Schwierigkeiten begegnet als die gewerkschaftliche Organisation selbst. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit kann so nicht nur quantitativ erweitert, sondern auch qualitativ erleichtert werden, besonders in gewerkschaftspolitischen Krisengebieten, d. h. aber letzten Endes in den Gebieten, auf die es entscheidend ankommt. Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken solcher Organisationen ist das absolute gegenseitige Vertrauen zwischen ihnen und den Gewerkschaften im nationalen wie im internationalen Bereich.

Abzulehnen sind meines Erachtens alle gewerkschaftlichen Bildungsmaßnahmen durch Träger, auf die die Gewerkschaften keinen oder nur einen marginalen Einfluß haben, seien es nun staatliche Stellen oder kirchliche Organisationen oder andere Bildungseinrichtungen, etwa der Industrie.

Zum Inhalt der Bildungshilfe für die Gewerkschaften der Dritten Welt

Nach dem „Warum“ der Bildungshilfe und dem Problem ihrer Träger möchte ich nun ein paar Bemerkungen zum Inhalt machen, d. h. was denn eigentlich an gewerkschaftlicher Bildung vermittelt werden sollte.

Auch hier kann ich selbstverständlich das Problem nicht erschöpfend behandeln. Eine gründliche Darstellung setzte eine ebenso gründliche und detaillierte Analyse der Bedürfnisse voraus, der Bildungsbedürfnisse der Gewerkschaften in den *jeweiligen* Entwicklungsländern. Das ist hier nicht möglich, und deshalb will ich nur zwei Grundprobleme ansprechen.

Fast in allen diesen Ländern stehen die Gewerkschaften mehr oder weniger stark vor zwei Fragen:

- a) ihre organisatorische Schwäche zu überwinden und
- b) ihre gesamtwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Rolle im Entwicklungsprozeß ihres Landes zu bestimmen, zu begreifen und zu verdeutlichen.

Bildungshilfe für die Gewerkschaften der Dritten Welt muß deshalb meines Erachtens stets beide Komponenten enthalten. Eine zu starke Betonung des rein Organisatorischen ist gefährlich. Eine organisatorisch starke Gewerkschaft ohne eine durchdachte gewerkschaftspolitische — und das heißt auch wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische — Konzeption kann leicht zum Instrument einer x-beliebigen Politik werden. Sie ist ein ständiger potentieller Unruhefaktor nicht zuletzt für die Regierung des Landes, die versuchen wird, ja versuchen muß, dieses organisatorische Potential zu zerschlagen oder zu domestizieren, da sie nicht weiß, was eines Tages daraus werden kann.

Freilich, auch das Vorhandensein einer gewerkschaftspolitischen Konzeption bewahrt nicht mit Sicherheit vor solchen Versuchen der staatlichen Gewalt. Allerdings hängt das meines Erachtens nicht zuletzt vom Inhalt dieser gewerkschaftspolitischen Konzeption ab. Es kommt darauf an, daß diese Konzeption vernünftig ist, in dem Sinne, daß sie in die Bedingungen des Landes paßt.

Hier kann man wirklich sagen, daß Freiheit von der Einsicht in die Notwendigkeiten abhängt. Gewerkschaften waren in der Dritten Welt zunächst einmal wie alle Institutionen und Organisationen der Industrienationen — und wie die moderne Industrie selbst — ein europäischer bzw. amerikanischer Importartikel. Mit der Einführung der Gewerkschaften aus den Industrieländern wurde auch die gewerkschaftspolitische Konzeption dieser Industrieländer übertragen. Obwohl sich mehr und mehr die allgemeine Einsicht durchgesetzt hat, daß dies so nicht geht, daß vielmehr eine eigene Konzeption für die Entwicklungsländer entwickelt werden muß, liegen hier in der Praxis die größten Schwierigkeiten. Grundsätzlich kann man dazu wohl sagen, daß die Gewerkschaften Asiens, Afrikas und Lateinamerikas viel stärker als in Europa, selbst zu Beginn der Industrialisierung, die Interessen ihrer Mitglieder und der Arbeitnehmer, oft auch des Pächters und Kleinbauern (z. B. in Lateinamerika) mittelbar durch Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Situation erreichen müssen als durch unmittelbare und direkte Durchsetzung von Forderungen für die oft ja sehr kleine und ohnehin privilegierte Gruppe ihrer Mitglieder.

Die direkte gewerkschaftliche Aktivität muß viel mehr noch als in Europa im Bereich dessen liegen, was der IBFG neuerdings die wirtschaftliche und soziale Aktion nennt, also z. B. im Bereich der beruflichen und sonstigen Ausbildung, des Wohnungsbaus, des Versicherungswesens, des Genossenschaftswesens usw. Das ist schwieriger und weniger spektakulär als Lohnforderungen zu erheben oder einen spontanen Streik zu entfesseln. Gerade deshalb muß in diesem Bereich ein Schwerpunkt der Bildungshilfe liegen.

Bei einer solchen gewerkschaftspolitischen Grundeinstellung wird auch die prekäre Frage der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit vom Staat vielleicht leichter zu lösen sein. Eine stärkere Betonung der wirtschaftlichen und sozialen Aktion zwingt jedenfalls den Staat nicht so unmittelbar und notwendigerweise zum Eingreifen wie eine auf Lohnforderungen und Streikdrohungen konzentrierte Aktivität, die in den Entwicklungsländern gesamtwirtschaftlich einfach nicht zu vertreten ist.

Wenn es gelingt, einmal auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Gesamtentwicklung durch Mitwirkung an der Planung und der politischen Gestaltung Einfluß zu nehmen und gleichzeitig durch eine Konzentration auf die wirtschaftliche und soziale Aktion eine Integration des sich bildenden Proletariats über die Gewerkschaften in die neu sich strukturierende moderne Gesellschaft zu erreichen, dann jedenfalls sind Ausgangspositionen geschaffen, die den Arbeitern dieser Länder viele Übel des Frühkapitalismus erspa-

ren könnten und gleichzeitig für eine spätere mögliche Kraftprobe zum Zeitpunkt der vollen oder jedenfalls stärkeren Industrialisierung eine gute Basis darstellen.

Zu den Formen und Methoden der Bildungshilfe

Langfristiges Ziel der Bildungshilfe für die Gewerkschaften der Entwicklungsländer muß sein, sie selbst zu eigener Bildungsarbeit zu veranlassen und instand zu setzen. Auch hier gilt der Satz von der Hilfe zur Selbsthilfe.

Freilich können wir die Bildungshilfe nicht ausschließlich an diesem Kriterium messen, aber es sollte doch immer beachtet werden. Andere Gesichtspunkte sind die der finanziellen und personellen Rationalität, der besonderen zeitlichen oder politischen Dringlichkeit einer bestimmten Hilfsmaßnahme usw. Es kann deshalb nie absolute Entscheidungen für eine Form und gegen andere Formen geben. Dennoch lassen sich aus den bisherigen Erfahrungen einige Schlüsse ziehen:

Je näher die einzelne Bildungsmaßnahme an die Orte der gewerkschaftlichen Aktivität herankommt, um so eher wird sie geeignet sein, sich unmittelbar auszuwirken. Der am Sitz der Gewerkschaft tätige und mitarbeitende Kollege (Gewerkschaftsberater) zeigt durch praktisches Beispiel unter den Bedingungen des Alltags, was man machen kann und wie man es macht. Auch hier darf man Erfolge nicht in ein oder zwei Jahren erwarten. Manchmal treten sie erst nach Jahren ein, wenn der betreffende Berater längst nicht mehr da ist.

Ein solches Hilfsprogramm ist in vieler Hinsicht ideal, jedenfalls sind dies die Erfahrungen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Es stößt aber auf finanzielle und personelle Grenzen, denn selbst die Zahl von heute 25 Gewerkschaftsberatern der Friedrich-Ebert-Stiftung in Asien, Afrika und Lateinamerika ist angesichts der großen Aufgabe verschwindend gering. Eine Abwandlung des rein stationär tätigen Gewerkschaftsbetreuers ist der Wanderlehrer, der ja auch in den Anfängen der Arbeiterbildung in Europa eine große Rolle spielte. Vielfach sind die Gewerkschaftsberater zumindest teilweise und im Rahmen ihres Einsatzlandes als solche Wanderlehrer tätig.

Für die Länder und Gebiete, in denen eine ständige Präsenz nicht möglich, noch nicht sinnvoll oder nicht mehr erforderlich ist, sind ad hoc am Ort organisierte Seminare eine geeignete Form der Hilfe. Sie können oft mit relativ geringen Kosten aufgezogen werden, wenn man sich auf ortsansässige Teilnehmer beschränkt. Die Dauer sollte zwischen einer bis drei Wochen je nach Thema und Teilnehmerkreis liegen.

Regionalseminare sind zweifellos ebenfalls von Bedeutung. Man muß sich aber darüber klar sein, daß sie ziemlich teuer sind, daß die Auswahl der Teilnehmer oft problematisch ist (Reise als Belohnung usw.) und daß die direkte Schulung hinter dem Informationsaustausch und dem Anknüpfen internationaler Beziehungen doch zurücktritt.

Da man zu solchen Regionalseminaren nicht zuletzt aus diesen Gründen Gewerkschaftsfunktionäre bevorzugt zusammenfassen sollte, dürfen sie nicht zu lange dauern, da gute Leute nicht lange entbehrlich sind. Das alles spricht nicht gegen Regionalseminare, besonders, wenn bestimmte Kategorien von Gewerkschaftsfunktionären zusammengefaßt werden. Man muß sich aber darüber im klaren sein, welchen besonderen Typ der gewerkschaftlichen Bildungshilfe sie darstellen.

Vom Gesichtspunkt der intensiven Schulung her sind neben den am Ort tätigen Beratern zweifellos die nationalen, regionalen oder kontinentalen Gewerkschaftsschulen besonders wichtig. Sie sind allerdings ebenfalls so teuer, daß sie nur mit internationaler gewerkschaftlicher oder nationaler staatlicher Hilfe errichtet und unterhalten werden können. Im nationalen Bereich wird deshalb vielfach die Einrichtung von Schulen angestrebt, die u. a. auch gewerkschaftliche Kurse veranstalteten, daneben aber anderen gesell-

schaftlichen Gruppen offenstehen (Kivukoni-College Tansania, Heimvolkshochschule der Tsiranana-Stiftung, Madagaskar, Kenyatta Educational Institute, Kenia).

Ideal wäre zweifellos ein stufenförmig organisiertes System mit je einer gewerkschaftlichen Hochschule als zentraler Bildungs- und Forschungsstelle pro Kontinent und einem Netz örtlicher fester Bildungseinrichtungen mit ganz oder teilweise gewerkschaftlichen Kursen. Daneben sollten Regionalseminare, die im wesentlichen Nachkontakt-Seminare sind, der Herstellung internationaler Verbindungen, dem Informationsaustausch und der Auffrischung des Wissens dienen. Ein solches Idealsystem, dessen Aufbau man im einzelnen noch modifizieren und detaillieren könnte, scheitert allerdings in der Regel nicht nur an finanziellen Fragen, sondern auch an der Undurchsichtigkeit und Unsicherheit der gewerkschaftlichen und der politischen Lage in den Entwicklungskontinenten.

Wie weit es möglich ist, in ein solches gewerkschaftliches Bildungssystem die skandinavische Methode der Studienzirkel einzubauen, vermag ich nicht zu beurteilen. In Asien scheinen Erfolge im Bereich des genossenschaftlichen Bildungswesens vorzuliegen.

Alle bisher erwähnten Formen der Bildungshilfe betrafen Maßnahmen in den Entwicklungsländern selbst. Wie ist es nun mit der Ausbildung in den Industrieländern bzw. bei den Gewerkschaften der Industrieländer für die Gewerkschaften der Dritten Welt? Es gibt viele Stellen, die eine solche Ausbildung ganz ablehnen. Die von ihnen angeführten gewichtigen Gründe will ich hier nicht im einzelnen wiederholen. Sie sind bekannt und haben in der Regel viel für sich. Die Frage, die sich dennoch stellt, ist die, ob auf solche Ausbildung in den Industrieländern ganz verzichtet werden sollte.

Es gibt selbstverständlich schon rein äußere Gründe, das nicht zu tun. Einmal gibt es einfach Länder und Gebiete, in denen, aus welchen Gründen auch immer, zur Zeit am Ort keine der bisher, erwähnten Formen der Bildungsarbeit möglich oder sinnvoll ist. Will man diese Gewerkschaften nicht ganz „abschreiben“, bleibt in vielen Fällen nur die Einladung in die Industrieländer.

Zum zweiten gibt es einfach politische Gründe für solche Einladungsprogramme, auf die wir so lange nicht verzichten können, wie der Ostblock reichlich mit Einladungen zur Ausbildung im Ostblock aufwartet. Einladungen in die Industrieländer schaffen persönliche und politische Bindungen und freundschaftliche Beziehungen, die auf keine andere Weise so intensiv und dauerhaft etabliert werden können (vorausgesetzt, daß die Programme gut organisiert werden).

Aber das sind natürlich zunächst einmal Argumente, die nicht unmittelbar etwas über den Wert dieser Art der Bildungshilfe für die Gewerkschaften der Entwicklungsländer aussagen. Es bleibt die Frage, ob auch in engerem Rahmen der Bildungshilfe diese Form der Ausbildung ihren vernünftigen Platz haben kann bzw. haben sollte.

Die Antwort kann auch hier nicht einfach ja oder nein lauten, es kommt darauf an, welcher Typ der Ausbildung oder Weiterbildung für welchen Personenkreis durchgeführt werden soll. Zweifellos sollte die gewerkschaftliche Grundausbildung soweit wie möglich in den Entwicklungsländern und unter den Bedingungen der Entwicklungsländer erfolgen. Auch die organisatorischen Techniken der Gewerkschaftsarbeit sind in der Regel hier und dort so verschieden, daß sie an Ort und Stelle sinnvoller gelehrt werden können. So sehr den Kollegen aus den Entwicklungsländern unsere hochentwickelte Organisation imponiert, so wenig sind sie in der Regel in der Lage, daraus für ihre unmittelbare Arbeit am Ort Schlüsse zu ziehen. Als wesentlicher Punkt eines gewerkschaftlichen Bildungsprogramms in Europa bleibt aber meines Erachtens der, daß den führenden Kräften der Gewerkschaften auf diese Weise eine wesentliche Hilfe bei ihrer Selbstorientierung, eine wesentliche Hilfe zu ihrem Selbstverständnis gegeben werden kann. Das setzt freilich voraus, daß die Teilnehmer der Programme soweit fortgeschritten sind, daß sie in der Lage sind, aus der Konfrontation mit der modernen Industriewelt und der modernen

Gewerkschaftswelt und aus dem Vergleich dieser Welt mit ihrer eigenen ein solches Verständnis zu gewinnen. Wenn es gelingt, solche Teilnehmer auszuwählen — und es gibt sie durchaus —, und wenn die Programme in den Industrieländern klar und geschickt auf dieses Ziel der gewerkschaftspolitischen und gesellschaftspolitischen Orientierung hin angelegt sind, können sie eine Erfahrung vermitteln, die kaum auf eine andere Weise gewonnen werden kann und die für die Führungskräfte einer Welt, die im Begriff ist, den Weg der Industrialisierung zu beschreiten, von sehr großem Wert sein kann.

Ich kann hier nicht im einzelnen darlegen, wie solche Programme in den Industrieländern aussehen sollten. Alle Erfahrungen zeigen, daß sie nicht länger als drei bis vier Monate dauern dürfen, aber auch nicht kürzer als einen Monat sein sollten. Sie müssen ganz fremdsprachig durchgeführt werden. Sprachunterricht — außer ein paar unerläßlichen Umgangsformeln — entfällt. Der Inhalt der Programme sollte das Werden der modernen Industrie und der modernen Gewerkschaftsbewegung möglichst plastisch deutlich machen. Es sollte vor allem auch die Probleme, die damit verbunden waren und sind, vor Augen führen.

Lösungsversuche und Möglichkeiten und ihre Probleme sollten vorgeführt werden, z. B. Nationalisierung, öffentliche Betriebe, besonders auch kommunale Wirtschaft, Genossenschaftswesen, Betriebsverfassung und Mitbestimmung, sozialer Wohnungsbau usw.

Ein theoretisches Verständnis der Grundzusammenhänge ist dabei wichtiger als das genaue Vermitteln von Einzelwissen.

Schließlich sollte die Erörterung der verschiedenen Wege zur Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft und die Rolle der Gewerkschaften dabei unter den Bedingungen der Industrie- und der Entwicklungsländer breiten Raum einnehmen.

Auf diese Art von Programmen sollte meines Erachtens auf keinen Fall verzichtet werden, weil eben eine gewerkschaftspolitische Grundorientierung heute in den Entwicklungsländern (wie wohl auch in Europa) nur im Rahmen einer universellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Orientierung gefunden werden kann. Ich darf hier noch einmal an das erinnern, was ich eingangs zum Inhalt der Bildungshilfe sagte.